

Dieser Mitgliederkonsens wurde im Zeitraum Januar-August 2021 erarbeitet und sollte eine Art provisorisches Landeswahlprogramm (Mitgliederkonsens) darstellen, das eine Hilfestellung bei der Wahlwerbung geben sollte, wenn es darum geht, zu benennen, für welche Positionen dieBasis M-V steht. Grundlage des Mitgliederkonsens waren mehrere Konsensierungen, Einzeleingaben, die Arbeit der AG Programm und die Arbeit der Beiräte. An den jeweiligen Acceptify-Konsensierungen hatten ca. 50-70 Mitglieder aus M-V teilgenommen, was als durchaus als repräsentativ gewertet werden kann.

Das Ergebnis ist jetzt thematisch sortiert und mit der Höhe der Zustimmung farblich gekennzeichnet und in folgende Kategorien gefasst:

| | |
|------------|---|
| 100% - 75% | Hohe Zustimmung (<i>kann trotzdem bedeuten, dass einige entschieden dagegen sind</i>) |
| 75% - 50% | Moderate Zustimmung |
| 50% - 25% | Moderate Ablehnung |
| 25% - 0% | Hohe Ablehnung |

Hinweis:

Hohe Zustimmung kann trotzdem bedeuten, dass einige entschieden dagegen sind

Moderate Zustimmung kann auch bedeuten, dass viele sehr dafür und viele entschieden dagegen sind

Moderate Ablehnung kann auch bedeuten, dass viele sehr dagegen und viele entschieden dafür sind

Hohe Ablehnung kann trotzdem bedeuten, dass einige entschieden dafür sind

Eingeflossen waren:

- Die nun besser in Einzelthesen aufgeschlüsselten Themen, die wir 2021 nach erfolgter Konsensierung dem Bund übergeben haben
- Vorschläge von unseren Beiräten
- Vorschläge/Anregungen von Einzelmitgliedern
- Wahl-O-Mat Mitgliederkonsensierung

Mögliche Kritikpunkte:

- Unter anderem gibt es allgemeine Sprüche und Forderungen ohne konkrete Ausgestaltung, wie genau das geschehen soll.
- viele Förderungswünsche („...wird gefördert“) – Gegenfinanzierung dieser Förderung wird im Programm nicht deutlich
- Viele Thesen ohne fundierte Untermauerung. Wie soll der Laie beurteilen, was genau ein Schuldenschnitt auslösen würde oder was es bedeutet, wenn Geld nur von einer staatlichen Zentralbank geschöpft werden darf? Nach Bauchgefühl?
- Einige Thesen wurden von Einzelpersonen aufgestellt und es gibt keine Gegenposition.
- Brauchen wir als basisdemokratische Partei überhaupt ein Wahlprogramm bzw. eine Position zu den verschiedenen Themen. Die Menschen sollen doch entscheiden und nicht wir als Partei

Eine klare Trennung kommunal-, landes- und bundespolitischer Themen ist aus unserer Sicht nicht notwendig, da viele Themen ineinandergreifen und auf allen Ebenen verfolgt werden sollten. Einige Themen sind systemischer Natur, was sich in allen Ebenen bemerkbar macht und können nur systemisch geändert werden.

Kommunalpolitik hat auch einen gewissen Einfluß auf die Landespolitik, diese wiederum wirkt auch auf die Bundespolitik (Städtetag, Bundesrat etc.). Man kann z.B. als Landesregierung auch Initiativen im Bundesrat starten und man hat Stimmrecht bei bestimmten Gesetzesvorhaben des Bundes und hat somit direkten Einfluss auf die Bundespolitik.

Aus unserer Sicht ist es auch nicht notwendig, immer die genaue Umsetzung einer Position zu beschreiben. Es reicht, die Position als **politischen Willen** zu proklamieren. Die Umsetzung erfolgt dann automatisch - nach dem Motto: "Wo ein Wille, so auch ein Weg", "Was ich denken und aussprechen kann, kann ich auch erreichen!" Bei der Corona-Kampagne konnten wir in der Politik gut beobachten, **was alles geht, wenn nur der politische bzw. kriminelle Wille da ist.**

Zentral wird ein noch zu erarbeitendes funktionierendes Wirtschaftsmodell sein in Anlehnung an „die humane Marktwirtschaft“. Die Vision einer **Gemeinwohlökonomie**, geparrt mit einer **demokratischen nationalen Währung** bei voller **Subsidiarität** und **kommunaler Selbstverwaltung**. Das ist noch ein weiter Weg. **Also packen wir es an und versuchen das Unmögliche!**

Prinzip der Basisdemokratie

97 %

Die Trennung zwischen Regierenden und Regierten wird aufgehoben und ersetzt durch eine umfassende direkte Partizipation an Willensbildungsprozessen zugunsten eines Gemeinwillens.

Das Prinzip der Machtbegrenzung

99 %

Ein Missbrauch von Macht muss verhindert werden. In der Politik sollen basisdemokratische Strukturen etabliert werden. Zur Verhinderung von Machtkonzentration wird ein Monopolverbot erlassen und Lobbyismus reguliert. Gewaltenteilung wird sichergestellt.

Liebevoller Umgang

94 %

Menschen sollen einen liebevollen, respektvollen Umgang pflegen. Menschen sollen einander zuhören und einander helfen. Jeder Mensch ist wertvoll, jede Meinung ist wertvoll. Schubladendenken und Abwertung von Menschen sollen überwunden werden. Menschliche Vielfalt (körperlich, kulturell, geistig, seelisch) soll bewahrt werden. Verengung und Schwund von Denkräumen soll überwunden werden. Der Mensch soll als fürsorgliches, geselliges, kulturelles, geistiges und spirituelles Wesen begriffen werden.

Schaffung eines solidarischen Gemeinwesens

87 %

Es wird ein gerechtes, solidarisches Gemeinwesens mit der Möglichkeit selbstbestimmten Handelns als höchste Freiheit geschaffen.

Prinzip der Menschheitsfamilie

97 %

Jede und jeder gehört durch seine Geburt zur Menschheitsfamilie, unabhängig von geografischer und sozialer Herkunft, Hautfarbe, Nationalität, Geschlecht, Bildung, Religion oder Weltanschauung. Überwindung von Spaltung und Rassismus.

Prinzip des UNO-Gewaltverbots und des friedlichen und menschlichen Zusammenhalts in der Gesellschaft

96 %

„Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt.“ – Charta der Vereinten Nationen und Statut des Internationalen Gerichtshofs, Kapitel 1, Artikel 2 Absatz 4: Regionales Informationszentrum der Vereinten Nationen für Westeuropa

Friedliches Miteinander

96 %

Menschen sollen ein menschliches, liebevolles, solidarisches und friedliches Miteinander in Privat- und Arbeitswelt pflegen.

Freiheit im Geistesleben

95 %

Die Freiheit im Geistesleben soll den Menschen die Ausbildung und Ausübung ihrer individuellen Fähigkeiten und eine kulturelle Vielfalt und Weiterentwicklung ermöglichen. Diese Freiheit kann sich nur in einer Struktur der Autonomie entfalten, in der das geistige und kulturelle Leben sowohl von den Interessen des Staates als auch von denen der Wirtschaft unabhängig bleibt. Der geistig-kulturelle Bereich, zu dem Bildung, Forschung und Wissenschaft, Medizin, Kultur, öffentlicher Sport sowie die Medien gehören, darf nicht von wirtschaftlichen oder machtpolitischen Interessen bestimmt werden, sondern muss Freiheit und Eigenständigkeit bewahren oder erhalten

Gleichheit im Rechtsleben

92 %

Der Staat soll nach den Vorstellungen der sozialen Dreigliederung als zentrale Machtinstanz zurücktreten und einen Teil seiner Aufgaben an die Gesellschaft abgeben. Das heißt jedoch nicht, dass diese autonomen Aufgabengebiete im rechtsfreien Raum stattfinden können. Sie stehen auf dem Boden der rechtsstaatlichen Verfassung. Die auf demokratischem Wege entstandene Rechtsordnung durchdringt alle Bereiche des Wirtschafts- und Geisteslebens und gibt den darin sich betätigenden Menschen die Sicherheit vor Willkür und Machtmissbrauch.

Brüderlichkeit im Wirtschaftsleben

80 %

Die Wirtschaft einschließlich Geld- und Finanzsystem hat den Hauptzweck, das Leben der Menschen zu sichern. Sie soll ihm dienen, nicht abhängig oder krank machen und nicht zu Lasten anderer Menschen und der wehrlosen Tier- und Pflanzenwelt gehen.

Gemeinwohl, Kooperation, Gemeinwesen, Menschenwürde, Solidarität, ökologische Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit und demokratische Mitbestimmung stehen im Vordergrund und werden durch Anwendung der Gemeinwohl-Bilanz garantiert.

Sicherung der Existenzgrundlagen der Menschheit

85 %

Es gilt, die Umwelt und Natur, alle Ressourcen zu schützen. Regenerative Energiequellen sollen erschlossen, bezahlbarer und frei wählbarer Wohnraum für alle soll bereit gestellt werden.

Neufassung des Grundgesetzes als Verfassung **90 %**

Das Grundgesetz soll neu gefasst und in eine Verfassung der BRD gemäß Artikel 146 Grundgesetz überführt werden. Dies umfasst einen demokratischen Prozess der Verfassungsgebung und abschließender Volksabstimmung.

Gesellschaftlicher Neustart **89 %**

Das gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische System soll neu strukturiert werden. Es wird ein vollkommener demokratischer und auch rechtsstaatlicher Neustart der Gesellschaft vollzogen unter einer neuen Verfassung, die diesen Namen auch verdient, weil sie vom gesamten deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen wird. Diese Forderung steht auf dem Boden des Grundgesetzes (Art. 146).

Basidemokratische Mitbestimmung der Bürger **97 %**

Das Handeln von Parlament, Regierung und Verwaltung soll transparent dargestellt werden und die Bürger sollen in Entscheidungsprozesse wesentlich miteinbezogen werden inform von Abstimmungen und Bürgerräten. Auch bei der Gestaltung des Haushalts und bei der Verwendung von Finanziellen Mitteln sollen die Bürger wesentlich mitentscheiden. Gestaltungs- und Entscheidungsprozesse sollen möglichst auf unterster Ebene stattfinden (Subsidiaritätsprinzip). Die Bürger sollen auch die Möglichkeit haben, Vorschläge und Initiativen für Gestaltungsprozesse einzubringen.

Einführung von basidemokratischen Elementen **99 %**

Konzepte für direkte Demokratie und basidemokratische Bürgerbeteiligung auf allen Ebenen (Bund, Länder, Kommunen) werden entwickelt und eingeführt. Dies umfasst Volksabstimmungen, Bürgerentscheide, Direktwahl der Mandatsträger einschl. vom Bürger initiiertes Misstrauensvotum, eine Bürger-Plattform u.a.

Volksbegehren **98 %**

Die Hürden für Volksbegehren sollen gesenkt werden.

Bürgerhaushalte **93 %**

Das Land Mecklenburg-Vorpommern soll Bürgerhaushalte fördern, bei denen die Bürgerinnen und Bürger Mitspracherechte bei den Ausgaben ihrer Kommune haben.

Durchsetzung der Subsidiarität **96 %**

Übergeordnete gesellschaftliche Einheiten (besonders der Staat) dürfen nur solche Aufgaben an sich ziehen, zu deren Wahrnehmung untergeordnete Einheiten nicht in der Lage sind.

Uneingeschränkte Geltung Grundrechte **100 %**

Alle Grundrechte werden uneingeschränkt gewährt und dürfen ausschließlich in Bezug auf die Anwendung des Strafgesetzbuches eingeschränkt werden. Weitere Ausnahmen wie z.B. Katastrophenfall, epidemische Lage oder Kriegsfall werden aus dem Grundgesetz gestrichen. Gerade in Krisenzeiten müssen die Grundrechte uneingeschränkt gelten.

Abschaffung des Fraktionszwanges **96 %**

Der Fraktionszwang in der parlamentarischen Demokratie wird abgeschafft.
(verfassungsgemäße Ahndung des illegalen Fraktionszwang)

Begrenzung der Amtszeit

93 %

Die Amtszeit der Ministerpräsidentinnen oder Ministerpräsidenten in Mecklenburg-Vorpommern soll begrenzt werden.

Kontrolle und Transparenz der Exekutive

96 %

Ziel ist die Exekutive zu kontrollieren und transparent zu machen.

Regulierung von Lobbyismus

94 %

dieBasis schafft Transparenz und Begrenzung mächtiger Einzelinteressen und führt ein Lobbyregister ein.

Schutz der Privatsphäre

91 %

Die Würde und Freiheit des Menschen ist durch den umfangreichen Schutz der Privatsphäre und des Datenschutzes zu gewährleisten. Videoüberwachung in öffentlichen Räumen sowie Vorratsdatenspeicherung werden abgeschafft. Es werden keine biometrischen und Gen-Datenbanken gepflegt.

Einflussnahme auf Verwendung von Steuergeldern

91 %

Wir fordern die Möglichkeit der Einflussnahme des steuerzahlenden Bürgers, wofür die von ihm zu zahlenden Steuern verwendet werden.

Kinder- und Jugendparlamente

69 %

In allen Städten und Gemeinden Mecklenburg-Vorpommerns soll es Kinder- und Jugendparlamente geben müssen.

Wählen ab 16

41 %

Jugendliche sollen bei Landtagswahlen ab 16 Jahren wählen dürfen.

Männern und Frauen auf Wahllisten

22 %

Die Parteien sollen ihre Listen zur Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern abwechselnd mit Männern und Frauen besetzen müssen.

Allgemein

Beschränkung des Bundes auf Grundaufgaben

97 %

Der Bund soll sich auf Grundaufgaben beschränken: Verteidigung, Grenzschutz, Bundespolizei, Justiz, Diplomatie, Finanzen, Infrastrukturen, Umwelt, Katastrophenschutz. Länderparlamente sollen gestärkt werden, Länder und Kommunen erhalten Steuerhoheit.

Abbau der Bürokratie

98 %

dieBasis plant einen massiven Verwaltungs- und Bürokratieabbau und eine Modernisierung der Verwaltung.

Veröffentlichungen in Leichter Sprache

86 %

Alle Veröffentlichungen des Landes sollen auch in „Leichter Sprache“ verfügbar sein.

Kauf von Flächen

82 %

Das Land soll ehemals volkseigene land- und forstwirtschaftliche Flächen von der Bodenverwertungsgesellschaft des Bundes (BVVG) kaufen.

Frauenquote

32 %

Bei der Besetzung von Führungspositionen in landeseigenen Betrieben soll eine verbindliche Frauenquote gelten.

Sicherheit und Ordnung

Bürgernahe Polizei

94 %

dieBasis schafft eine bürgernahe Polizei.

Kennzeichnung für Polizisten

94 %

Alle Polizistinnen und Polizisten sollen in jedem Einsatz eine individuelle Kennzeichnung tragen müssen.

Transparenz bei Straftaten von Polizei/Verfassungsschutz

92 %

Straftaten (z. B. der Polizei) oder Aktionen des Verfassungsschutzes (z. B. Überwachung, Einsatz von V-Männern) müssen offengelegt werden. Ggf. ist der Verfassungsschutz in seiner bestehenden Form aufzulösen.

Rücknahme der Verschärfung der Polizeigesetze

92 %

Die Verschärfung der Polizeigesetze wird zurückgenommen. (z.B. SOG M-V)

NSU- Untersuchungsausschuss

81 %

Ein Untersuchungsausschuss des Landtags soll die Rolle der Sicherheitsbehörden rund um den Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) weiter aufarbeiten.

Auflösung des Verfassungsschutzes

70 %

Der Verfassungsschutz in Mecklenburg-Vorpommern soll aufgelöst werden.

Verdachtsunabhängige Personenkontrollen

18 %

Die Polizei in Mecklenburg-Vorpommern soll verdachtsunabhängige Personenkontrollen durchführen dürfen.

Zuwanderung

Qualifizierung von Zugewanderten

81 %

Das Land soll weiterhin die Qualifizierung von Zugewanderten für den Arbeitsmarkt fördern.

Konsequente Abschiebung

79 %

Abgelehnte Asylbewerberinnen und Asylbewerber sollen konsequent abgeschoben werden.

Integration mit Augenmaß

77 %

Integration soll auf sinnvolles Mindestmaß begrenzt werden.

Gesundheitskarte für Flüchtlinge

64 %

Alle Flüchtlinge sollen mit einer Gesundheitskarte direkten Zugang zu medizinischer Versorgung erhalten.

Ausländische Arbeitskräfte

52 %

Arbeitsplätze sollen nur dann mit ausländischen Arbeitskräften besetzt werden dürfen, wenn keine deutschen Arbeitskräfte zur Verfügung stehen.

Justiz

Unabhängige Gerichte

97 %

dieBasis führt (staats-) unabhängige Gerichte ein und sorgt für eine echte Gewaltenteilung.

Besetzung von Richterämtern

99 %

Hohe Richterämter sollen in Mecklenburg-Vorpommern ausschließlich von einem unabhängigen Auswahlgremium vergeben werden.

Effektive Strafverfolgung bei Korruption

96 %

dieBasis setzt sich für eine Stärkung der Justiz bei der Strafverfolgung bei Korruption und Kartellbildung ein.

Aufdeckung von Steuerverschwendung

96 %

Steuerverschwendung und Steuerbetrug werden konsequent aufgedeckt und geahndet.

Strafverfolgung von Kriegsverbrechen

92 %

Eine unabhängige Strafverfolgung aller Kriegsverbrechen soll gewährleistet sein, auch wenn sie gegen mutmaßliche Täter verbündeter oder Staaten gerichtet ist.

Reformierung des Rechtssystems

87 %

Das Rechtssystem soll umfassend reformiert werden

Angemessene Strafhöhe

87 %

Die Höhe der Strafen soll der Schwere der Straftat angemessen sein.

Mindestlohn für Häftlinge

56 %

Häftlinge in Mecklenburg- Vorpommern sollen für ihre Arbeit im Gefängnis eine Entlohnung erhalten, die dem gesetzlichen Mindestlohn entspricht.

Verteidigung

Umgestaltung der Bundeswehr

88 %

Die Bundeswehr wird zu einer reinen Berufs - Verteidigungsarmee mit definierter Größe umgestaltet.

| | |
|------------|----------------------------------|
| 100% - 75% | Hohe Zustimmung |
| 75% - 50% | Moderate Zustimmung / Umstritten |
| 50% - 25% | Moderate Ablehnung / Umstritten |
| 25% - 0% | Hohe Ablehnung |

Bildung allgemein

Freiheit der Bildung

93 %

Bildung ist ein grundlegendes Menschenrecht; sie darf nicht von wirtschaftlichen oder staatlichen Interessen bestimmt werden. Schulen dürfen nicht von Ministerien und Schulämtern gegängelt werden. Wir setzen uns für ein vielfältiges und freies Bildungswesen ein. Schulen sollen autark über ihre Inhalte und Mittel verfügen und ihre Angebote selbst entwickeln können in Übereinstimmung mit einem humanistischen Menschenbild.

Reformierung des Bildungssystems (2)

87 %

Das Bildungssystem wird grundlegend reformiert. Schülerinnen und Schüler sind eigenständige Bildungssubjekte, es wird Zeit sie auch so zu verstehen. Und was den Wert unserer Bildung ausmacht, haben wir alle in den Krisenzeiten gespürt. Deswegen sollen Bildungsprozesse von Dezentralisierung und Kommunalisierung, kleineren und größeren Lerngemeinschaften, Kooperation und gegenseitige Hilfe, unterschiedlichen Lernräumen und Medien, Kulturerfahrungen und Freizeiterlebnissen, basisdemokratischen Entscheidungsfindungen sowie Selbstbestimmung und Inklusion geprägt sein. Auf diese Weise werden Angebote geschaffen, die von Schüler*innen, Eltern und Lehrer*innen gemeinsam entwickelt und getragen werden. Skizze zum Bildungskonzept Sven

Kostenlose Bildung

90 %

Bildung muss staatlich finanziert werden, sie muss für den Lernenden kostenfrei sein.

Selbstbestimmte humanistische Bildung und Erziehung

92 %

Wir wollen eine selbstbestimmte humanistische Bildung und Erziehung, die den einzelnen Menschen mit seinen Fähigkeiten und Fertigkeiten in den Mittelpunkt stellt

Ideologiefreiheit und kritisches Hinterfragen

92 %

Alte Lerninhalte werden kritisch hinterfragt und an neueste Forschungsergebnisse (z.B. Quantenphysik, Geschichte, Biologie etc.) angepasst. Es werden unterschiedliche Theorien vermittelt, um ideologische Freiheit zu gewährleisten und eigene Orientierung im Leben zu fördern.

Stärkung der Persönlichkeitsentwicklung, Selbstkompetenz, Verantwortungsfähigkeit

91 %

Wir wollen die Stärkung der Persönlichkeitsentwicklung und die Förderung der Selbstkompetenz und Verantwortungsfähigkeit der Kinder und Jugendlichen, um bewusst das eigene Leben gestalten zu können.

Vermittlung von Werten

84 %

Wir befürworten die Vermittlung von Werten, die einen bewussten und achtsamen Umgang mit sich und anderen fördern und passioniert und liebevoll von Lehrer*innen begleitet werden.

100% - 75%

Hohe Zustimmung

75% - 50%

Moderate Zustimmung / Umstritten

50% - 25%

Moderate Ablehnung / Umstritten

25% - 0%

Hohe Ablehnung

Motivation hervorbringen

83 %

Bildung sollte Bildung hinterlassen und Motivation hervorbringen, um die Neigungen und Interessen für die Gesellschaft zu nutzen.

Förderung des Individuums

94 %

dieBasis will Kinder in ihrer Individualität, Selbstbestimmtheit und Kreativität fördern.

Auswahl von Lehrkräften

78 %

Lehrkräfte sollen nach Empathie und Leidenschaft ausgewählt werden. Lehrkräfte sollen sich als passionierte liebevolle Begleiter für ein gelingendes Leben der Kinder und Jugendlichen mit Herz und Hirn engagieren und ihnen den Weg ins Leben durch eine menschliche Bildung und Erziehung ebnen.

Digitalisierung nach Augenmaß

87 %

Digitalisierung im Unterricht sollte nach Augenmaß geschehen. Grundschulen und KiTas sollten digitalfrei bleiben. In validen Studien muss geprüft werden, ob Medientechnik und Geräte der Unterhaltungselektronik das Lehren und Lernen tatsächlich verbessern. Medientechnik soll nach didaktischen Kriterien eingesetzt.

Kindergarten / Kinderbetreuung

Kinder pro Betreuungsperson

94 %

In Kindertageseinrichtungen in Mecklenburg-Vorpommern soll die Anzahl der Kinder pro Betreuungsperson reduziert werden.

Schulen

Schulen als Orte des Lernens für das Leben

93 %

Wir begreifen Schulen als Orte des Lernens für das Leben und der Stärkung der jungen Menschen für ihren Lebensweg.

Ernährung in der Schule

95 %

In der Schule sollen sich die Kinder gesund ernähren, das Schulleben wird verbessert.

Basisdemokratische Entscheidungsfindung in Schulen

94 %

Für die Gestaltung des Schulbetriebs streben wir basisdemokratische Entscheidungsfindung durch Eltern, Lehrer und Schüler an. Das Schulleben muss Erfahrungen mit einer demokratischen Lebensgestaltung vermitteln. Klassenausschüsse, Diskussionsgruppen, Schulbeiräte, Schülervereinigungen sollen auf vielfältige Weise eine Mitwirkung der Schüler ermöglichen. Ziel ist vor allem, die Fähigkeit zu kritischem Denken zu wecken, Untertanengeist zu besiegen und die

| | |
|------------|----------------------------------|
| 100% - 75% | Hohe Zustimmung |
| 75% - 50% | Moderate Zustimmung / Umstritten |
| 50% - 25% | Moderate Ablehnung / Umstritten |
| 25% - 0% | Hohe Ablehnung |

Schüler von Beginn an für (basis-)demokratische Mitbestimmung und staatsbürgerliche Verantwortung zu sensibilisieren und zu begeistern.

Zusammenarbeit mit Eltern

94 %

dieBasis fördert eine enge achtsame Zusammenarbeit mit den Elternhäusern der Schülerinnen und Schülern. Durch die enge Zusammenarbeit mit den Elternhäusern fördern wir eine optimale Entwicklung der Kinder und Jugendlichen und können so die maximalen Entwicklungsmöglichkeiten der Kinder und Jugendlichen entdecken und unterstützen. Der soziale Zusammenhalt und Gemeinschaftssinn wird gestärkt.

Zulassung unterschiedlicher Schularten

95 %

Fern-, Kleingruppen- und Einzelunterricht sowie Freilernen sollen als Unterrichtsformen zugelassen werden. Eltern und Schüler sollen ihre Schulart selbst wählen dürfen. Bei Freilernen und Homeschooling sollen Eltern bei Bedarf pädagogische Begleitung oder Hilfestellung durch eine Schule ihrer Wahl erhalten. Wir fordern ein Recht auf Bildung, keine Pflicht zur Präsenz in Schulen.

Förderschulen

93 %

Alle Förderschulen in Mecklenburg- Vorpommern sollen erhalten bleiben.

Unabhängige autarke Schulen

92 %

Wir wollen unabhängige autarke Schulen, die öffentlich grundfinanziert werden und zusätzlich zum vorgegebenen Rahmen an Bildungsinhalten eigene Angebote entwickeln und gestalten können.

Schulen in freier Trägerschaft

78 %

Das Land soll Schulen in freier Trägerschaft stärker finanziell fördern.

Mehrgliedriges Schulsystem

65 %

Das Land soll das mehrgliedrige Schulsystem aus Regionalschule, Gesamtschule und Gymnasium beibehalten.

Begrenzung der Klassengrößen

82 %

Die Größe der Schulklassen soll begrenzt werden. Kleine Klassen sorgen für besseres Lernen.

Stärkung junger Lehrkräfte

73 %

Es sollen junge, engagierte Lehrkräfte gestärkt werden. Breitere und ganzheitliche Ausbildung anstelle von engem Spezialistentum.

Traditionelles Familienbild

64 %

An Schulen in Mecklenburg- Vorpommern soll vorrangig das traditionelle Familienbild (Mutter, Vater, Kinder) vermittelt werden.

100% - 75%

Hohe Zustimmung

75% - 50%

Moderate Zustimmung / Umstritten

50% - 25%

Moderate Ablehnung / Umstritten

25% - 0%

Hohe Ablehnung

Digitale Endgeräte für Schüler

63 %

Das Land soll allen Schülerinnen und Schülern digitale Endgeräte kostenlos zur Verfügung stellen.

Kosten für das Schulessen

51 %

In Mecklenburg-Vorpommern sollen sich Eltern weiterhin an den Kosten für das Schulessen beteiligen müssen.

Bundeswehr an Schulen

25 %

Informationsveranstaltungen der Bundeswehr sollen weiterhin an Schulen in Mecklenburg-Vorpommern stattfinden dürfen.

Getrennte Klassen

23 %

Deutsche und ausländische Schülerinnen und Schüler sollen in getrennten Klassen unterrichtet werden.

Schulunterricht

Praxisnaher Unterricht

96 %

Es sollen praxisnahe Lernbezüge für die Kinder und Jugendlichen geschaffen und Leistungsdruck reduziert werden. Durch mehr Eigenständigkeit und Selbstführung soll Freude und Motivation am Lernen geschaffen werden und Kinder so den Sinn am eigenen Weg im Leben erkennen lassen.

Unterrichtsangebote mit lebensnahen Inhalten

95 %

Wir wollen neue Unterrichtsangebote, die sich auf lebensnahe Inhalte beziehen und Freude und Motivation am Lernen ohne Druck wieder fördern.

Praxisnahe Anwendung in Schulen

94 %

Es wird ein Werkstattprinzip eingeführt. Inhalte werden nachhaltig vermittelt, d. h., ein praxisnahes Lernen (Werkstattprinzip) soll die Anwendbarkeit im späteren Leben ermöglichen und ein soziales Miteinander der Kinder und Jugendlichen und späteren Erwachsenen fördern.

Unterricht in der Natur

96 %

Es soll mehr Unterricht in der Natur und an der frischen Luft stattfinden.

Wertevermittlung in Schulen

94 %

Schulen sollen Werte, Weltoffenheit, Demokratiefähigkeit, Kommunikationsfähigkeit und Empathie fördern.

Entrümpelung alter Rahmenpläne

90 %

Wir wollen eine Entrümpelung alter Rahmenpläne und Schaffung neuer gemeinsamer Lerninhalte als minimaler Grundkonsens für alle Schulen.

100% - 75%

Hohe Zustimmung

75% - 50%

Moderate Zustimmung / Umstritten

50% - 25%

Moderate Ablehnung / Umstritten

25% - 0%

Hohe Ablehnung

Moderne Bildungskonzepte

90 %

Wir fördern die Lernvielfalt durch Investition in Schulen. Alternative Schulkonzepte werden wir stärken und fördern.

Minimalkonsens für alle Schulen

90 %

Rahmenpläne sollen entzerrt und Inhalte überarbeitet und angepasst werden als Minimalkonsens für alle Schulen. Wesentliche Lerninhalte sollen fokussiert werden, damit Bildung frei wird. Quantität und Druck soll durch Qualität und Selbstbestimmung ersetzt werden.

Einführung eines Kurs-Klassen-Systems

86 %

Das Kurs-Klassen-System soll ein den individuellen Bedürfnissen angepasstes Lernen ermöglichen.

Neue Unterrichtsformen

86 %

Statt Fächerunterricht soll an den Schulen Themen-/Phänomenunterricht, epochaler und vernetzter Unterricht bevorzugt werden, der Kinder anspricht und zielführend für selbständiges motiviertes Lernen ist.

Förderung von Heterogenität

82 %

Individualität und Heterogenität soll in Form von Gemeinschaftsschulen gewährleistet werden.

Freie Unterrichtszeiten

82 %

Unterrichtszeiten sollen nicht auf 45-oder 90 Minuten begrenzt werden, sondern Lernen je nach Fähigkeiten und Interessen der Kinder und Jugendlichen gefördert werden, um sie optimal auf ihr Leben vorzubereiten.

Einheitliche Lehrpläne

74 %

Es werden einheitliche gesamtstaatliche Lehrpläne, vergleichbare Abschlüsse, allgemeingültige Prüfungsanforderungen eingeführt.

Kopfnoten

54 %

Das Arbeits- und Sozialverhalten von Schülerinnen und Schülern soll weiterhin benotet werden („Kopfnoten“).

Neues Unterrichtsfach Gesundheit

92 %

Gesundheitserziehung wird als Schulfach von Klasse 1 – 10 eingeführt. Inhalte sollen gesunde Lebensweise (physisch und psychisch), Gesunde Ernährung, Lebensmittelkunde, Kochkurse Stressbewältigung, Entspannung und Bewegung sein.

Neues Unterrichtsfach Achtsamkeit

83 %

Das Fach „Achtsamkeit mit mir selbst und Anderen“ wird eingeführt. Grundlegendes ethisches Wissen zum achtsamen gesundheitlich fundierten Umgang mit sich selbst und Anderen sowie mit der mit uns vernetzten Umwelt soll vermittelt werden.

| | |
|------------|----------------------------------|
| 100% - 75% | Hohe Zustimmung |
| 75% - 50% | Moderate Zustimmung / Umstritten |
| 50% - 25% | Moderate Ablehnung / Umstritten |
| 25% - 0% | Hohe Ablehnung |

Neues Unterrichtsfach Gewaltfreie Kommunikation

83 %

Das Fach „Gewaltfreie Kommunikation“ wird eingeführt.

Geschlechtliche und sexuelle Vielfalt

41 %

In den Schulen des Landes soll geschlechtliche und sexuelle Vielfalt thematisiert werden.

Universitäten

Unabhängige Wissenschaft und Forschung

98 %

Unabhängige Wissenschaft und Forschung.

Unabhängige Forschung

78 %

Forschung an Universitäten wird nur noch durch unabhängige Staatsgelder finanziert.

Lehramtsstudienplätze

85 %

Das Land soll mehr Lehramtsstudienplätze schaffen.

Studium der Rechtswissenschaften

85 %

An der Universität Rostock soll das Studium der Rechtswissenschaften angeboten werden.

Medizinstudienplätze

84 %

Mehr Medizinstudienplätze sollen an Menschen vergeben werden, die sich verpflichten, später als Ärztin oder Arzt auf dem Land zu arbeiten.

Schwangerschaftsabbruch

75 %

Das Land soll sich dafür einsetzen, dass im Rahmen des Medizinstudiums Seminare zum Thema Schwangerschaftsabbruch angeboten werden.

Grundwerte

Wirtschaft und Finanzen

91 %

Die Wirtschaft einschließlich Geld- und Finanzsystem hat den Hauptzweck, das Leben der Menschen zu sichern. Sie soll ihm dienen, nicht abhängig oder krank machen und nicht zu Lasten anderer Menschen und der wehrlosen Tier- und Pflanzenwelt gehen.

Faires und menschliches Wirtschafts- und Finanzsystem

89 %

Das Wirtschafts- und Finanzsystem muss fair umgestaltet werden.

Geldsystem

Erhalt des Bargelds

100 %

Das Bargeld muss erhalten bleiben.

Demokratisches Geld- und Bankenwesen

91 %

Wir fordern ein demokratisches Geld- und Bankenwesen. Das aktuelle Finanzsystem ist Auslöser für unerträgliche Ungleichheit. Dazu zählt auch, dass die Geldschöpfung in den Dienst der Allgemeinheit gestellt wird.

Geld- bzw. Währungsreform

86 %

Der Erfolg und die Auswirkungen von Euro versus Nationalwährung soll wissenschaftlich untersucht werden und ggf. eine Geld- bzw. Währungsreform durchgeführt werden.

Soziale Geldreform

71 %

Fließendes Geld wird eingeführt.

Staatliche Zentralbank

81 %

Das Recht der Geldschöpfung liegt nur bei staatlicher Zentralbank. Gewinne werden zur Schuldentilgung der BRD verwendet.

Zulassung von Nebenwährungen

80 %

Neben dem Euro werden andere Währungen insbesondere regionale Währungen zugelassen. Die alternativen Währungen werden in der Fälschungssicherheit unterstützt.

Verbot von Hedgefonds und der Derivatengeschäfte

91 %

Um Spekulationen zu unterbinden werden Hedgfonds und Derivatgeschäfte verboten.

Schuldenschnitt

60 %

Es wird ein genereller Schuldenschnitt durchgeführt

Begrenzung der Neuverschuldung

75 %

Mecklenburg-Vorpommern soll die Begrenzung der Neuverschuldung („Schuldenbremse“) weiterhin einhalten.

Steuern und Abgaben

Vereinfachung des Steuersystems

89 %

dieBasis kehrt zurück zur Übersichtlichkeit und Transparenz des Steuersystems. Wir minimieren die Steuergesetze auf eine maximale Anzahl von Paragraphen im Sinne der Steuervereinfachung- und Verminderung. Güter oder Dienstleistungen sollen nicht mehrfach besteuert werden dürfen.

Gerechtes Steuersystem

87 %

Wir führen eine Steuerreform durch hin zu einem gerechteren und solidarischeren Steuersystem.

Steuerreform, die neue Entwicklungen begünstigt

61 %

Alle Steuern werden abgeschafft und nur noch die Mehrwertsteuer mit 40% auch für alle Geschäfte an der Börse eingeführt. Nicht mehr der Mensch wird besteuert, sondern die fertigen Produkte und Dienstleistungen. Damit werden alle neuen Entwicklungen erheblich gefördert.

Senkung der Grunderwerbsteuer

77 %

Die Grunderwerbsteuer soll gesenkt werden.

Höhere Reallöhne

77 %

dieBasis fordert höhere Löhne und geringere Abgaben.

Wirtschaft allgemein

Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe

92 %

Regionale und lokale Wirtschaftskreisläufe sollen gefördert und gestärkt werden.

Soziale Marktwirtschaft

88 %

Rückbesinnung auf die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft

Freie Marktwirtschaft

69 %

Die freie Marktwirtschaft soll gestärkt werden.

Gemeinwohlökonomie

87 %

Das Wirtschaftssystem wird in eine Gemeinwohl-Ökonomie umgestaltet. Das Wohl von Mensch und Umwelt wird zum obersten Ziel des Wirtschaftens. „Gemeinwohl-Ökonomie“ bezeichnet ein ethisches Wirtschaftssystem, das auf gemeinwohl-fördernden Werten aufgebaut ist. Gemeinwohl, Kooperation, Gemeinwesen, Menschenwürde, Solidarität, ökologische Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit und demokratische Mitbestimmung stehen im Vordergrund und werden durch Anwendung der Gemeinwohl-Bilanz garantiert.

Auflösung von Großkonzernen

79 %

dieBasis erwirkt ein striktes Monopolverbot zur Verhinderung undemokratischer Konzentration ökonomischer Macht.

Stärkung des Kleingewerbes

89 %

Kleingewerbe soll gestärkt werden.

Förderung Handwerk, Mittelstand und Gewerbe 85 %
Handwerk, Mittelstand und Gewerbe sollen gefördert werden.

Förderinitiativen 81 %
Es werden Förderinitiativen für Handwerk sowie Heilung und Pflege gegründet. Jegliche Arbeit verdient gesellschaftliche Anerkennung und Respekt. Keine Arbeit ist wertvoller als eine andere. Jeder kann sich gemäß seinen Interessen und Talenten betätigen.

Hofläden 77 %
Kaufangebot von regionalen Produkten, wie z.B. Eier, Gemüse, Obst und vom Landwirt Geschlachtetem von glücklich gelebten Tieren

Lohngerechtigkeit und Verbesserung der Arbeitsbedingungen 85 %
Lohngerechtigkeit soll angestrebt und die Arbeitsbedingungen im Sinne der Menschen verbessert werden.

Wiederaufbauhilfen 84 %
Wiederaufbauhilfen für durch die Lockdown geschädigten Unternehmen und Selbständigen

Öffnungszeiten an Sonntagen 60 %
Geschäfte sollen frei über ihre Öffnungszeiten an Sonntagen entscheiden dürfen.

Einführung einer Reinvestitionsquote 56 %
Unternehmen werden verpflichtet, bspw. 50% des Gewinns am Verkaufsort zu reinvestieren.

Bürgschaften für die MV-Werften 49 %
Das Land soll weiterhin Bürgschaften für die MV-Werften übernehmen.

Ausbildungsplatzabgabe 41 %
Das Land soll sich dafür einsetzen, dass Betriebe, die nicht ausbilden, eine Ausbildungsplatzabgabe zahlen müssen.

Fachkräfte aus dem Ausland 34 %
Das Land soll verstärkt Fachkräfte aus dem Ausland anwerben.

Tourismus

Aufbau eines nachhaltigen Tourismus 94 %
Die Tourismuswirtschaft wird zum nachhaltigen Tourismus umgebaut. Tourismus muss seine gegenwärtigen und zukünftigen ökonomischen, sozialen und ökologischen Auswirkungen vollumfänglich berücksichtigen und die Bedürfnisse der Besucher, der Industrie, der Umwelt und der Einheimischen integrieren. Es geht hierbei darum,

- so wenig wie möglich auf die bereiste Natur einzuwirken bzw. ihr zu schaden
- die Natur möglichst nah, intensiv und ursprünglich zu erleben
- sich der Kultur des bereisten Landes möglichst anzupassen

Ferienwohnungen

72 %

Vermieterinnen und Vermieter sollen selbst entscheiden dürfen, ob sie ihre Wohnungen als Ferienwohnungen vermieten.

Landwirtschaft

Ökologische Landwirtschaft

95 %

Das Land soll vorrangig ökologische Landwirtschaft fördern.

Verpachtung an ortsansässige Landwirte

91 %

Landeseigene Agrarflächen sollen nur an ortsansässige Landwirtinnen und Landwirte verpachtet werden.

Subventionen Landwirtschaft

90 %

Subventionseinsatz ist generell zu prüfen, übergangsweise für die Umstellung auf Biolandbau denkbar, späterhin durch eine angemessene Preisbildung Überflüssig.

Umbau der Landwirtschaft

87 %

Die Landwirtschaft wird in eine solidarische, genossenschaftlich organisierte, regenerative, umweltschonende, lokale Landwirtschaft umgebaut.

Förderung landwirtschaftlicher Kleinbetriebe

77 %

dieBasis fordert, dass es keine landwirtschaftlichen Betrieb mit Wirtschaftsfläche über 600 ha gibt. Land wird aufgeteilt in kleinere Einheiten, überzähliges Land wird Jungbauern mit ökologischer Landwirtschaft zur Verfügung gestellt.

Die Flächennutzungsprämien über 600ha werden unattraktiv gestaltet, so dass Kapitalgesellschaften das Interesse an größeren Landwirtschaften verlieren. Die Flächenprämien über 600ha werden nur noch bei ökologischem Anbau ausbezahlt.

Begrenzung des Wolfsbestandes

53 %

Der Wolfsbestand in Mecklenburg-Vorpommern soll begrenzt werden.

Einsatz synthetischer Pestizide

15 %

Der Einsatz synthetischer Pestizide in der Landwirtschaft soll weiterhin erlaubt sein.

Allgemein

Verhinderung von Armut

95 %

Armut - vorallem Alters- und Kinderarmut - soll verhindert werden.

Wohnortnahe Altersbetreuung

93 %

Altersbetreuung nach Vorbild Dänemark: Senioren werden in der Gemeinde liebevoll betreut und können nach ihren Präferenzen weiter in eigenen Wohnungen, Wohngemeinschaften, etc. auch mit ihren Haustieren leben.

Pflegende Angehörige

92 %

Für pflegende Angehörige soll das Land einen Zuschuss zum Pflegegeld zahlen.

Generationsübergreifendes Zusammenleben

86 %

Generationsübergreifendes Zusammenleben, Mehrgenerationenhaushalte werden gefördert.

Förderung von Solidargemeinschaften

77 %

Solidarische Gemeinschaften werden gefördert.

Kinderbetreuung zuhause

73 %

Eltern, die ihre Kinder zuhause betreuen, sollen eine finanzielle Unterstützung vom Land erhalten.

Müttergehalt

69 %

Mütter erhalten ein solidarisch finanziertes Müttergehalt.

Unterstützung von Großfamilien

67 %

Anerkennung und Unterstützung von Familien mit vielen Kindern

Frauenhäuser

91 %

Das Land soll mehr finanzielle Mittel für Frauenhäuser bereitstellen.

Sozialer Wohnungsbau

89 %

Das Land soll mehr Geld für den sozialen Wohnungsbau bereitstellen.

Unterstützung des Ehrenamtes

84 %

Ehrenamtlich ausgeübte Tätigkeiten werden unterstützt.

Es gibt Ehrenämter, die einen sehr hohen Stellenwert in der Gesellschaft haben und ein sehr hohes Zeitaufkommen haben. Hier sollte eine gesellschaftliche Anerkennung durch Gewährung eines Bürgergeldes überlegt werden. Dann ist es zwar nicht mehr ganz ehrenamtlich, aber gefühlt anerkannter.

Hartz IV

55 %

Empfängerinnen und Empfängern von Arbeitslosengeld II („Hartz IV“) sollen weiterhin Leistungen gekürzt werden, wenn sie wiederholt Termine beim Jobcenter versäumen.

Bedingungsloses Grundeinkommen

Bedingungsloses Grundeinkommen

67 %

dieBasis sichert die Existenzgrundlagen des Einzelnen durch die Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens. Die Einführung erfolgt schrittweise gemäß den Vorschlägen von Ralph Boes. Das Geld, welches heute schon im Sozialsystem kursiert, kann so ausgegeben werden, dass jeder Mensch aus Steuern ein die Lebensgrundbedürfnisse deckendes Grundeinkommen erhält, bedingungslos, d.h. unabhängig davon, ob er arbeitet oder nicht, ob er arm ist oder nicht. Jeder hat so die Möglichkeit, frei von Existenzsorgen diejenigen Arbeiten zu übernehmen, die er selbst für sinnvoll hält. Es handelt sich nicht um eine neue Sozialleistung, sondern vielmehr um einen neuen Gesellschaftsvertrag, der alle gesellschaftlichen Glieder umfasst und allen gesellschaftlichen Gliedern (den Arbeitnehmern, den Arbeitgebern und ebenso gesamtgesellschaftlich) Vorteile bringt.

Bedingungsloses Grundeinkommen weltweit

56 %

Wir fordern bedingungsloses Grundeinkommen weltweit anstelle von Entwicklungshilfe. Dieses soll über die UN ausgeschüttet und über eine weltweite Vermögenssteuer in Höhe von 5% finanziert werden. Die Auszahlung erfolgt direkt an alle Menschen und nicht über die Regierungen.

Sozialversicherung

Reform des Sozialversicherungssystems

86 %

Es wird eine grundlegende Reform des Sozialversicherungssystems durchgeführt.

Antragsverfahren für die Berufsunfähigkeitsrente

86 %

Das Antragsverfahren für die Berufsunfähigkeitsrente darf höchstens ein Jahr dauern.

Staatliche Berufsunfähigkeitsrente

81 %

Der Staat muss wieder für die Berufsunfähigkeitsrente verantwortlich sein.

Rente

Rentenreform

96 %

Die staatliche Rente wird ausschließlich durch das bestehende Umlagesystem finanziert. Dieses wird erhalten und ausgeweitet. Jeder muss in die staatliche Rente einzahlen, auch Politiker, Beamte, oder andere zur Zeit befreite Berufsgruppen. Es werden keine sittenwidrig hohen Renten und Pensionen gezahlt, Renten müssen gerecht verteilt werden. Alle kapitalmarktgebundenen Finanzierungsmodelle (z.B. Riesterrente, Rentenfonds) der staatlichen Rente werden abgeschafft.

Doppelte Besteuerung

95 %

Die Rente darf nicht doppelt besteuert werden.

Zweckgebundenheit der Rentenmittel

91 %

Die Mittel im Rententopf müssen Zweckgebunden sein.

Ziel des Rentensystems

87 %

Das Ziel des Rentensystems ist es, eine bedingungslose Sicherung der Lebensgrundlage zu schaffen.

Lebenswerte Grundrente

85 %

Wir fordern eine lebenswerte Grundrente.

100% - 75%

Hohe Zustimmung

75% - 50%

Moderate Zustimmung / Umstritten

50% - 25%

Moderate Ablehnung / Umstritten

25% - 0%

Hohe Ablehnung

Internationale Institutionen

Entflechtung von NGOs

97 %

Die Finanzierung der UNO und anderer NGOs soll überprüft und von Konzerneinfluss entflochten werden.

Überprüfung der Verflechtungen in einer globalisierten Welt

81 %

Internationale korrupte Verflechtungen, welche finanzielle, wirtschaftliche, mediale und politische Macht akkumulieren und zum Schaden der Menschen mißbrauchen, sollen aufgedeckt und verhindert werden. Insbesondere das Agieren internationaler Organisationen wie Transatlantik-Brücke, IWF, WEF, usw. sollten hierbei beleuchtet werden.

Machtbegrenzung der Kredit gebenden Institutionen

93 %

Kredit gebende Institutionen wie Weltbank und IWF (Internationaler Währungsfonds) müssen in ihrer Macht begrenzt werden.

Internationale finanzielle Unterstützung

87 %

IWF hilft wirklich den Ländern in Not mit Schenkungen und fördert die sozialen Gegebenheiten. Es werden anstelle von globalisierten Unternehmen nur noch regionale Unternehmen und Banken gefördert.

UN-Reform

91 %

Die UNO soll grundlegend reformiert werden.

Neugründung der UNO

85 %

Die UNO soll zu einer „Weltgemeinschaft souveräner Vaterländer“ werden. Insbesondere soll das Veto-Recht abgeschafft und der Sicherheitsrat im Sinne der Gleichberechtigung umgestaltet werden.

Reform der WHO

90 %

Die WHO wird in ihrer bestehenden Form aufgelöst und neu gegründet.

Umfinanzierung der WHO

82 %

Die WHO soll über die globale Vermögenssteuer finanziert werden.

Ausstieg aus der Nato

91 %

Wir befürworten einen Ausstieg Deutschlands aus der NATO.

Grundlegende EU-Reform

86 %

Wir streben eine grundlegende EU Reform im Sinne eines Europa der Vaterländer an

| | |
|------------|----------------------------------|
| 100% - 75% | Hohe Zustimmung |
| 75% - 50% | Moderate Zustimmung / Umstritten |
| 50% - 25% | Moderate Ablehnung / Umstritten |
| 25% - 0% | Hohe Ablehnung |

Neugründung der EU

85 %

Die EU wird neu gegründet. Die EU soll zu einem „Europa souveräner Vaterländer“ werden, die untereinander faire Handelsverträge abschließen und politische Vereinbarungen treffen, ohne die souveränen Rechte der Völker zu mißachten.

Frieden

Abrüstung

97 %

Wir stehen für Abrüstung, Abschaffung aller Atomwaffen und Rüstungskonversion (Umwandlung von militärischer in zivile Nutzung)

Abrüstung

92 %

Es wird eine Höchstgrenze an Ausgaben aus dem Bundeshaushalt für Militärausgaben festgelegt. Wir planen eine Reservistenarmee ausschließlich zur Landesverteidigung.

Verbot jeglicher Waffenexporte

96 %

dieBasis plant ein Verbot jeglicher Waffenexporte (Neu- und Altwaffen).

Stärkung UN Gewaltverbot

96 %

Wir halten uns an das UN-Gewaltverbot: „Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt.“

Verbot jeglicher Auslandseinsätze

94 %

mit der Partei dieBasis wird es keinerlei Auslandseinsätze, auch keine Beteiligungen geben. Wir setzen uns für ein Verbot dieser ein.

Ächtung von Regime-Changes

92 %

dieBasis ächtet verdeckte Operationen-Konzepte und Regime-Changes und hilft bei der Aufdeckung solcher Machenschaften.

Ausstieg aus dem Krieg gegen den Terror

90 %

Mit der Partei dieBasis beteiligt sich Deutschland nicht am „Krieg gegen den Terror“.

Militäraktionen nur mit UN Mandat

83 %

Auslandseinsätze sind nur mit UN-Mandat erlaubt.

Sanktionen nur mit UN-Mandat

81 %

Sanktionen gegen andere Länder dürfen nur mit UN-Mandat ausgesprochen werden.

100% - 75%

Hohe Zustimmung

75% - 50%

Moderate Zustimmung / Umstritten

50% - 25%

Moderate Ablehnung / Umstritten

25% - 0%

Hohe Ablehnung

Verbot von Stationierung fremder Armeen

96 %

dieBasis ist nicht einverstanden mit der Stationierung fremder Waffensysteme und Armeen auf dem Boden der BRD und setzt sich für ein Verbot derselben ein.

Förderung von Friedensaktivitäten

92 %

Initiativen zur Friedensbildung werden unterstützt.

Internationales Engagement

Leitprinzipien einer internationalen Politik

94 %

Als Leitprinzipien einer internationalen Frieden fördernden Politik sehen wir die multilaterale Zusammenarbeit, die Achtung der Souveränität der Länder und der kulturellen Eigenständigkeit der Regionen, die faire, auf gegenseitigem Nutzen basierende wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie ökologische Nachhaltigkeit, den Einsatz für Völkerverständigung, Menschenrechte und friedliche Kooperation, Im Sinne der Charta der Vereinten Nationen Artikel 2, Abs. 4 unterlassen wir jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete Androhung oder Anwendung von Gewalt und Sanktionierung.

Völkerverständigung

94 %

Wir setzen auf Dialog zwischen den Völkern, auf das Kennenlernen anderer Kulturen und Länder, auf Austauschprogramme

Bekämpfung des Hungers

95 %

Kein Kind soll auf der Erde mehr verhungern. Die Geburtenrate soll durch weltweite Bildung und Lebensverbesserung stagnieren.

Bekämpfung von Armut und Hunger weltweit

90 %

Um Migration wirksam zu bekämpfen, erarbeiten wir Methoden einer effektiven Bekämpfung von Armut und Hunger und setzen diese um.

Wirksame Bekämpfung von Fluchtursachen

90 %

Um einer weiteren Migration breiter Menschenmassen entgegenzuwirken, werden Fluchtursachen wirksam bekämpft. dieBasis setzt sich für die Unterstützung der Staaten ein, aus denen Migration kommt. Heimatliche Lebensräume sollen erhalten und wieder aufgebaut werden. Kriege zerstören Heimat und sind daher mit allen Kräften zu vermeiden und zu beenden.

Gerechte Ressourcenverteilung

91 %

Wir erwirken eine Rückgabe der Rechte auf Ressourcen, Land und Wasser von allen Kolonialmächten und globalisierten Konzernen.

| | |
|------------|----------------------------------|
| 100% - 75% | Hohe Zustimmung |
| 75% - 50% | Moderate Zustimmung / Umstritten |
| 50% - 25% | Moderate Ablehnung / Umstritten |
| 25% - 0% | Hohe Ablehnung |

Weltweite wirtschaftliche Assoziative

80 %

Wir setzen uns für weltweite Verbände/wirtschaftliche Assoziative ein, um Strukturen zu schaffen, die die Lebensmittelversorgung Aller garantiert. Die Metropolregionen sind aus wirtschaftlichen Gründen heraus gewachsene Gebiete, im Wirtschaftsleben gibt es andere Grenzen als im Rechtsleben. Im Rechtsleben können die Grenzen mit unseren Bundesgrenzen identisch sein - in der Wirtschaft arbeitet man grenzübergreifend. Momentan produzieren wir Lebensmittel, die 12 Milliarden Menschen ernähren könnten. Diese gilt es gerecht zu verteilen

Russlandtag

91 %

Das russisch-deutsche Wirtschaftstreffen (Russlandtag) in Mecklenburg-Vorpommern soll weiterhin stattfinden.

Öffentliche Trägerschaft

Kommunale Grundversorgung, Allgemeingut

94 %

Die kommunale Grundversorgung (z.B. Gas, Strom, Wasser, Abfall) soll in öffentlicher Hand betrieben werden. Allgemeingut wie Wasser, Boden, Luft und Infrastruktur soll in öffentlicher Hand bleiben.

Natürliche Ressourcen und Wohnraum als Gemeingüter

75 %

Allgemeingut wie Wasser, Boden, Luft, Strom, Wohnraum soll in öffentlicher Hand liegen.

Krankenhäuser in öffentlicher Trägerschaft

94 %

In Mecklenburg-Vorpommern sollen mehr Krankenhäuser in öffentlicher Trägerschaft sein.

Verkehr

Attraktiveres Schienennetz

94 %

dieBasis setzt sich ein für den Ausbau des Schienennetzes, die kostenlose Nutzung des Schienenverkehrs für Privatpersonen und eine bessere Taktung

Südbahn

88 %

Die Bahnstrecke Parchim–Neubrandenburg („Südbahn“) soll wieder durchgehend in Betrieb genommen werden.

Attraktiverer ÖPNV

92 %

dieBasis fordert mehr Mobilität für die ländliche Bevölkerung, z. B. durch Einsatz von kleineren Bussen, welche sich in kürzeren Taktzeiten bewegen.

Zweistudentakt im ÖPNV

86 %

Das Land soll garantieren, dass jede Gemeinde mindestens im Zweistudentakt mit dem öffentlichen Personennahverkehr erreichbar ist.

Kostenloser ÖPNV

91 %

Wir fordern die Einführung von kostenlosem ÖPNV.

Radwege

80 %

Beim Aus- und Neubau von Landstraßen sollen verpflichtend Radwege errichtet werden müssen.

Energie

Nord Stream 2

92 %

Die Gas-Pipeline Nord Stream 2 soll wie geplant in Betrieb gehen dürfen.

Mindestabstand von Windrädern

89 %

Der Mindestabstand von Windrädern zur Wohnbebauung soll vergrößert werden.

Bezahlbare Energiepreise 85 %
dieBasis setzt sich für bezahlbare Energiepreise ein.

Sinnvolle Energiepolitik 80 %
Energiepolitik muss in der Gesamtbetrachtung - Aufwand/Kosten/Nutzen/Umwelt - sinnvoll und angemessen sein.

Förderung von Wasserstofftechnik 81 %
Wasserstoffautos, -LKW,- Bussen, -Bahnen und -BHKW sollen massiv gefördert werden.

Alternative Energien 76 %
Bei der Energiegewinnung steigen wir um auf grünen Wasserstoff aus regenerativer Energie oder Algen.

Ausbau der Windkraft 29 %
Der Ausbau der Windkraft an Land soll in Mecklenburg-Vorpommern beschleunigt werden.

Datennetzwerke

Abschaffung 5G 88 %
dieBasis setzt sich dafür ein, 5G zurückzunehmen und Internet flächendeckend über Glasfasertechnik zur Verfügung zu stellen. Roaming auch für Inlandskunden ermöglicht flächendeckende Handynutzung in ausreichendem LTE.

Dezentrales Internet 88 %
Das Internet soll dezentralisiert werden, um die Beeinflussung und das Ausspionieren durch Digitalkonzerne, Regierungen und Geheimdienste zu unterbinden.

Freies Internet 83 %
Das Internet soll weder überwacht noch zensiert werden.

Errichtung von Mobilfunkmasten 52 %
Eine landeseigene Gesellschaft soll Mobilfunkmasten in Mecklenburg- Vorpommern errichten.

Sonstiges

Bau studentischer Wohnheime 87 %
Das Land soll mehr Mittel für den Bau studentischer Wohnheime zur Verfügung stellen.

Flughafen Rostock-Laage 66 %
Mecklenburg-Vorpommern soll die finanzielle Unterstützung des Flughafens Rostock- Laage sofort beenden.

Naturschutz

Regenerative ökologische Landwirtschaft

91 %

Die Landwirtschaft wird in eine regenerative, ökologische Landwirtschaft mit Anbauverfahren umgebaut, die den Boden mit seinen Mikroorganismen erhalten. Gefördert werden nur noch Landwirtschaft mit Bodenqualitätsfaktor für Humusaufbau und -erhalt.

Biodynamische Landwirtschaft (Demeter)

69 %

Die Landwirtschaft wird in eine Biodynamische Landwirtschaft umgewandelt.

Waldflächen

86 %

Weitere Waldflächen in Mecklenburg- Vorpommern sollen einer natürlichen Entwicklung überlassen und nicht bewirtschaftet werden.

Wiedervernässung von Mooren

80 %

Die Wiedervernässung trockengelegter Moore in Mecklenburg-Vorpommern soll beschleunigt werden.

Umweltschutz

Realer Umweltschutz statt Klimaideologie

(neu)

dieBasis setzt sich für vernünftige Lösungen und angemessenen Interessenausgleich im Hinblick des Erhalts und Schutzes der Natur, Umwelt und Heimat ein. "Klimaschutz", "Klimakatastrophe" und seine Fokussierung auf den CO₂-Ausstoß ist eine politische Ideologie und führt größtenteils nicht zum Schutz und Erhalt der Natur, Umwelt und Heimat.

Verursacherprinzip

81 %

Der Hersteller trägt die Kosten für Schäden, Müll etc.

Reduktion von Verpackungen

94 %

Plastikverpackungen sollen gegen biologisch abbaubare Produkte ausgetauscht werden.

Landstrom

80 %

Alle Kreuzfahrtschiffe, die in Mecklenburg- Vorpommern anlegen, sollen Landstromanschlüsse nutzen müssen.

Düngemittel- und Pestizidverbot

78 %

Wir fordern: keine Düngemittel und Pestizide mehr!

Besteuerung des Luft- und Schiffsverkehrs

76 %

Der private Luft- und Schiffsverkehr wird hoch besteuert.

Förderung nachhaltiger Mobilität

73 %

dieBasis fördert nachhaltige Mobilität, Ausbau der Radwege in Städten und Gemeinden und den Aufbau von Naherholungsgebieten mit zusammenhängenden Rad- und Wanderwegen zwischen Naturschutzgebieten und Landwirtschaftsflächen

Umweltschonender Verkehr in Großstädten

67 %

Wir fördern die Verringerung der Abgas,- Schmutz- und Lärmbelastung des Verkehrs in Großstädten.

Autofreie Innenstädte

53 %

dieBasis vermindert den LKW-Warenverkehr in Innenstädten. Autofreie Innenstädte sind das Ziel.

Anreise ohne Auto

61 %

Das Land soll die Kurtaxe für Touristinnen und Touristen übernehmen, die ohne Auto anreisen.

Reduktion CO2-Ausstoß

57 %

Der CO2 - Ausstoß soll verpflichtend reduziert werden.

Klimaneutralität

44 %

Mecklenburg-Vorpommern soll spätestens 2035 klimaneutral sein.

Verteuerung der Energiepreise für Öl, Gas, Atom

35 %

Die Preise für Energie aus Öl, Gas und Atom sollen fünffach verteuert werden zur Förderung aller alternativen Energiekonzepte zum Ausstieg aus dem Ölzeitalter.

Besteuerung Pkw

25 %

Private Pkw werden hoch besteuert.

Tierschutz

Artgerechte Tierhaltung

92 %

dieBasis fordert ein Verbot von Massentierhaltung und die Einführung artgerechter Tierhaltung.

Einhaltung der Würde der Tiere

89 %

dieBasis setzt ein Verbot von Massentierhaltung und Tierversuchen durch.

Weidetierhaltung

88 %

Das Land soll Weidetierhaltung mit einer Prämie fördern.

Artgerechte Tierhaltung

58 %

Tierhaltung muss Artgerecht sein. Jedes Tier hat eine Seele, es empfindet Angst, Trauer und Schmerz.

Reformierung des Gesundheitssystems

91 %

Das Gesundheitssystem wird grundlegend reformiert.

Freie Impfentscheidung

99 %

Das Recht auf freie Impfentscheidung wird eingeführt. Es soll keine direkte oder indirekte Impfpflicht geben. Für alle Menschen, die sich nicht impfen lassen möchten, soll es keine Benachteiligungen oder Einschränkungen geben. Auch jedwede Art von Pflicht zum Vorzeigen des Impfausweises bzw. Nachweis des Impfstatus soll unzulässig sein.

Schutz sensibler Gesundheitsdaten

90 %

Die übermäßige elektronische Datenverarbeitung und Datenzentralisierung wird beschränkt. Der Patient erhält Hoheit über die Verwendung seiner Patientendaten, so dass der Schutz sensibler Gesundheitsdaten gewährleistet ist.

Rücknahme der Coronamaßnahmen

96 %

Alle staatlichen Corona Schutz- und Hygienemaßnahmen werden aufgehoben. Sie dürfen auch nicht anlasslos im Namen des Hausrechts in Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen etc. Anwendung finden.

Ganzheitlichkeit in der Medizin

94 %

Gesundheit ist zwingend ganzheitlich im Sinne des Patienten zu lehren, zu betrachten und zu behandeln.

Integration von Naturheilverfahren

95 %

Die medizinischen Bereiche der Heilpraktiker, Osteopathen werden nicht ausgegrenzt, sondern als Bestandteil einer breiten, selbstbestimmten Gesundheitsversorgung integriert und auf eine breitere Basis in Ausbildung und staatlicher Anerkennung gestellt. Naturheilverfahren werden von der Krankenkasse bezahlt.

Therapiefreiheit und Selbstbestimmung in der Medizin

94 %

Die Patienten können selbst die Art der Therapie wählen. Angemessene Therapien werden von der Krankenkasse übernommen.

Erfolgsorientierte Medikamentengabe

87 %

Medikamente sollen nach Maßgabe des Erfolgs für den Patienten eingesetzt werden.

Prävention, Ganzheitlichkeit, Selbstheilung

87 %

Das Gesundheitssystem wird neu ausgerichtet: Abkehr vom übermäßig kurativ ausgerichteten Gesundheitswesen zu einem an Prävention und Selbstheilung orientierten Gesundheitswesen mit hoher Eigenverantwortung der Bevölkerung. Wir fordern mehr Anreize und Investitionen in vorbeugende und ganzheitliche Gesundheit. Mittelfristig liegt hier ein erhebliches Einsparpotential.

Schadensfreiheit vor Therapie

83 %

Einführung des Prinzips Schadensfreiheit vor Therapie.

Bedarfsgerechte medizinischen Versorgung

92 %

Kommunale Beteiligung und Kontrolle von Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen zum Zweck einer Bedarfsgerechten medizinischen Versorgung

Einheitliche Krankenversicherung

87 %

Es wird eine einheitliche gesetzliche Krankenversicherung eingeführt.

Gesundheit vor Konzerninteressen und Gewinnstreben.

97 %

Gesundheit geht vor Konzerninteressen und Gewinnstreben.

Entkommerzialisierung in der Medizin

88 %

Medizinische Forschung, Fort- und Weiterbildung sowie Dienstverträge leitender Ärzte werden entkommerzialisiert. Gesundheitssysteme dürfen ausschließlich den Menschen bzw. dem Gemeinwohl dienlich sein.

Ethik in der medizinischen Forschung

94 %

Anerkennung der Deklaration von Helsinki – Erklärung des Weltärztebundes zu ethischen Grundsätzen für die medizinische Forschung am Menschen – durch alle Ärzte

Wertschätzung der Pflege und Heilberufe

93 %

Wertschätzung der Pflege und Heilberufe statt Ausnutzung von Idealismus und Opferbereitschaft. Gesundheitsberufe sollten ohne Zwang und Druck, sondern mit Liebe und Begeisterung für Patienten und Mitarbeiter Anwendung finden

Ausbildung im Gesundheitswesen

93 %

Die Ausbildung für Berufe im Gesundheitswesen soll generell gebührenfrei sein.

Selbstbestimmung Sterbebegleitung

92 %

Sterbebegleitung - statt Lebensverlängerung um jeden Preis - wird bevorzugt

Selbstbestimmung Schwangerschaft

87 %

Es wird das Recht auf selbstbestimmte Schwangerschaft eingeführt. Natürliche Geburt ohne Krankenhaus soll ohne Einschränkung möglich und anerkannt sein. Eine erhebliche Verringerung der Kaiserschnitttrate und Aufenthaltszeit im Krankenhaus wird angestrebt.

Gesündere Lebensmittel

86 %

Es wird ein Ampelsystems zur Kennzeichnung von gesundheitsfördernden Lebensmitteln

Gesundheitsschäden durch Funknetzwerke

85 %

Wir fordern mehr Verbraucherschutz hinsichtlich Strahlenbelastung und Elektrosmog durch Funknetzwerke. Vorallem Kinder sind im Rahmen von Freizeit, Homeschooling, Online-Unterricht und computergestütztem Unterricht in der Schule durch W-LAN und Mobilfunk gefährdet und es können Gesundheitsschäden auftreten. Die Verbraucherschutzorganisation diagnose:funk fordert dringend Aufklärung, Reglementierung und kabelgebundene Lösungen. Wir fordern das auch.

Werbung für Corona-Impfung

4 %

Das Land soll weiterhin für die Corona-Impfung werben.